



Martina Munz (pro) und Hans Peter Brüttsch (contra) sind sich in einem Punkt einig: Mit weniger als 4'000 Franken Monatseinkommen kann man keine Familie ernähren. Fotos: Peter Pfister

Bringt die Mindestlohninitiative faire Löhne für Geringverdiener oder ist sie nur ein Jobkiller?

«Vom Lohn leben können»

■ Bernhard Ott

az Martina Munz, kann man in der Schweiz mit einem Monatslohn von 4'000 Franken brutto eine Familie ernähren?

Martina Munz Nein, das ist nicht möglich, eine Familie braucht wesentlich mehr. Jeder, der Vollzeit arbeitet, muss monatlich mindestens 4'000 Franken verdienen, um in der Schweiz leben zu können. Wer unterhalb dieser Limite bleibt, ist auf die Sozialhilfe angewiesen. Jeder Sechste, der in Schaffhausen Sozialhilfe bezieht, ist ein «Working Poor», bezieht also Unterstützung, obwohl er arbeitet.

az Hans Peter Brüttsch, was ist für Sie ein gerechter Lohn?

Hans Peter Brüttsch Man muss das etwas differenzierter sehen als die Initianten. Ich zweifle nicht daran, dass man mit einem Haushaltseinkommen von weniger als 4'000 Franken kaum über die Runden kommt, aber in diesem Fall dürften beide Elternteile berufstätig sein, so dass dann doch genug Geld vorhanden ist. **Munz** Auch wenn man etwas mehr als 4'000 Franken verdient, reicht ein einziges Einkommen noch immer nicht. Beide Elternteile müssen mitverdienen. Darum sagen wir: Wer arbeitet, der soll von seinem Lohn leben können. Das ist die Grundforderung der Mindestlohninitiative.

az Was stört den Unternehmer Brüttsch an dieser Forderung?

Mindestlohn

Am 18. Mai muss das Schweizer Stimmvolk über die Mindestlohninitiative der Schweizer Gewerkschaften abstimmen. Sie sieht vor, dass in der Schweiz ein gesetzlicher Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde eingeführt werden soll (das wären 4'000 Franken monatlich für einen Volljob). Ca. 330'000 Personen (9 Prozent aller Arbeitnehmenden) würden von dieser Massnahme profitieren. Die Arbeitgeberverbände und die bürgerlichen Parteien bekämpfen die Initiative mit dem Argument, sie gefährde Arbeitsplätze. (B.O.)

Brütsch Auch wir Unternehmer möchten angemessene Löhne bezahlen, nur klafft eine grosse Lücke zwischen Theorie und Praxis. Die internationale Konkurrenz setzt uns so unter Druck, dass in gewissen Branchen ein starrer Mindestlohn von 4'000 Franken nicht realisierbar ist. Oder man muss, wie zum Beispiel in meiner Firma, für Transporte im Ausland mit einem polnischen Partner zusammenarbeiten, der seinen Chauffeuren nur 1'200 Euro pro Monat zahlt. Mit unseren Schweizer Lohnansätzen würden wir keine Aufträge mehr bekommen.

Munz Die polnischen Löhne können für uns nicht die Richtschnur sein. Wer in der Schweiz arbeitet, soll zu fairen Bedingungen angestellt werden. Soviel mir bekannt ist, bekommen Ihre Camionneure, Herr Brütsch, mindestens 4'000 Franken pro Monat. Sie geben folglich den Mindestlohn schon heute, den wir verlangen, darum begreife ich nicht, warum ausgerechnet Sie jene Unternehmer verteidigen, die ihn verweigern.

Brütsch Weil ich ihre Situation sehe. Bevor man als Unternehmer einen Franken ausgeben kann, muss man ihn zuerst verdienen. Wenn nun die Margen so gering sind, wie gegenwärtig in vielen Branchen, dann ist es schlicht nicht möglich, diese 4'000 Franken Lohn zu gewähren, vor allem, wenn die Forderung nach einem Mindestlohn keinen Unterschied macht zwischen Büttenhardt oder Zürich, zwischen Orten mit hohen und solchen mit tiefen Lebenskosten.

az Die Gegner, Martina Munz, kämpfen gegen die Mindestlohninitiative mit dem Argument, sie wolle ein Lohndiktat einführen. Wäre es denn

Hans Peter Brütsch

Hans Peter Brütsch fuhr nach einer Lehre als Automechaniker während sieben Jahren als Chauffeur für ein internationales Transportunternehmen in den Irak, Iran und nach Saudiarabien. 1984 gründete er in Schaffhausen seine eigene Transportfirma, die heute 34 Mitarbeitende beschäftigt, davon sind fünf Lehrlinge. Brütsch ist SVP-Mitglied, «ich war aber noch nie an einer Parteiversammlung». (B.O.)



Hans Peter Brütsch: «Ein genereller Mindestlohn lässt sich nicht finanzieren.»

nicht sinnvoller, wenn die Arbeitnehmerseite versuchen würde, mit flächendeckenden Gesamtarbeitsverträgen zum Ziel zu kommen? Die Schaffhauser Gartenbauer haben ja bewiesen: das klappt.

Munz Die Gartenbauer konnten tatsächlich einen grossen Erfolg verbuchen. Sie haben mit einem «Chlapf» 900 Franken mehr Lohn bekommen und trotzdem nicht ihren Job verloren. Darum stimmt die Behauptung der Gegner nicht, dass die Einführung des Mindestlohns zur Verlagerung von Arbeitsplätzen führen werde. Wenn meine Coiffeuse 4'000 Franken pro Monat verdient, wird ihr Arbeitsplatz nicht nach China verschoben, denn ihre Kunden werden weiterhin in Schaffhausen leben.

Brütsch Hinter die Aussage über die Gartenbauer möchte ich ein grosses Fragezeichen setzen. Wir dürfen unsere spezielle Grenzlage nicht vergessen. Auch die deutschen Gartenbauer müssen jetzt die neuen Lohnansätze bezahlen, aber in allen anderen Bereichen, wie etwa dem Materialeinkauf, sind sie weiterhin viel billi-

ger und können darum günstigere Preise anbieten als die Schweizer Firmen.

Munz Es geht bei der Mindestlohninitiative nicht um die Gartenbauer, sondern um die klassischen Tieflohnzonen wie etwa das Reinigungsgewerbe, die Coiffeusen oder das Gastgewerbe. Alle diese Tätigkeiten kann man nicht auslagern. Aber selbst wenn in der Gastro-

nomie künftig ein Mindestlohn von 4'000 Franken gelten würde, wäre der Preisaufschlag im Falle einer Überwälzung

der Mehrkosten auf die Kunden absolut marginal: Der Kaffee, um ein Beispiel zu nennen, würde dann ganze zehn Rappen teurer.

az Vielleicht würden die Wirte lieber einen Arbeitsplatz abbauen als den Kaffeepreis erhöhen, darum sagen ja die Gegner, der Mindestlohn werde Jobs vernichten.

Munz Bei jeder Initiative mit einem sozialen Inhalt wird die Angstmaschinerie angeworfen, sei das nun die Forderung nach mehr Ferien oder nach mehr

«In vielen Branchen ist die Marge zu gering» (H. P. Brütsch)

Lohn. Da wir gegenwärtig in der Schweiz einen massiven Arbeitskräftemangel haben, kann man die Drohungen der Gegner mit Gelassenheit zur Kenntnis nehmen.

az Herr Brüttsch, Sie sind selbst Unternehmer, müssten Sie bei der Annahme der Mindestlohninitiative Stellen streichen?

Brüttsch In meinem Betrieb gibt es niemanden, der für eine Vollanstellung weniger als 4'000 Franken verdient, aber ich habe, wie schon erwähnt, unsere internationalen Transporte «outsourcen» müssen. Früher haben wir diese Aufträge selbst erledigt, heute ist das nicht mehr finanzierbar. Der Staat würde die angespannte Situation mit einem generellen Mindestlohn von 4'000 Franken nur noch verschlechtern, darum ist es nicht gut, wenn er sich in die Lohngestaltung einmischt, er muss das den Sozialpartnern überlassen, die besser wissen, was für sie gut und was schlecht ist.

Munz Es wäre schön, wenn man alles mit Gesamtarbeitsverträgen zwischen den Sozialpartnern lösen könnte, aber 50 Prozent der Arbeitnehmenden in der Schweiz unterstehen keinem solchen

Vertrag, und es sind vor allem die Arbeitgeber, die sich weigern, Gesamtarbeitsverträge mit Mindestlöhnen abzuschliessen. Ich frage mich, wie entgegenkommend sie sein werden, wenn die Mindestlohninitiative vom Tisch ist und sie nicht mehr unter Druck stehen.

Brüttsch Die Initiative wird der speziellen Lage gewisser Branchen nicht gerecht. Nehmen Sie zum Beispiel die Bergbahnen. Die Angestellten verdienen keine 4'000 Franken im Monat, aber sie sind froh, dass sie überhaupt einen Job haben, trotz des schlechten Winters...

Munz ... einen Job, von dem sie nur leben können, weil die Sozialhilfe das beisteuert, was fehlt. Das ist doch absolut entwürdigend. Wer arbeitet, soll nicht auf dem Sozialamt betteln gehen müssen.

az Die Gegner der Initiative schies- sen gegenwärtig aus allen Rohren. Sie können für ihre Propaganda wesentlich mehr Mittel einsetzen als die Befürworter. Hat die Initiative ange-

sichts dieser Übermacht überhaupt eine Chance?

Munz Die neusten Umfragen zeigen, dass die Mindestlohninitiative gegenwärtig von 40 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger unterstützt wird.

Ich befürchte, dass wir keine Chance haben, aber ich stelle mit Genugtuung fest, dass die Initiative wenigstens sehr viel bewirkt hat. So hat

kürzlich die Bekleidungsfirma H & M den Mindestlohn auf 4'000 Franken erhöht, und auch Coop und Migros wollen diese Limite künftig einhalten.

az Obwohl der Mindestlohn in immer mehr Firmen zum Standard wird, könnten die Gegner am 18. Mai die Abstimmung gewinnen. Hans Peter Brüttsch, wie soll es dann weiter gehen?

Brüttsch Wichtig ist für mich, dass die Initiative abgelehnt wird. Sie hat zwar einiges in Bewegung gebracht, da hat Frau Munz Recht, aber finanzieren lässt sich ein genereller Mindestlohn trotzdem nicht.

Munz Wenn die Initiative scheitert, stehen die Unternehmer in der Pflicht, die immer das hohe Lied der Sozialpartnerschaft singen. Sie müssen dann zeigen, was ihnen diese Partnerschaft wirklich wert ist und ob sie bereit sind, Gesamtarbeitsverträge auch in den Tieflohnbereichen abzuschliessen. Gleichzeitig muss auch die Lohngleichheit von Mann und Frau endlich erreicht werden. Frauen verdienen immer noch zwanzig Prozent weniger als die Männer und sind von tiefen Löhnen besonders betroffen.

**«Frauen sind besonders betroffen»
(Martina Munz)**



Martina Munz: «Bei jeder Initiative mit sozialen Forderungen wird die Angstmaschi- nerie angeworfen.»

Martina Munz

Martina Munz hat an der ETH Zürich Agronomie studiert und arbeitet in einem Teilzeitpensum als Lehrerin an der Berufsschule Bülach. Im Jahr 2000 wurde sie in den Kantonsrat gewählt, seit 2009 präsidiert sie die SP des Kantons Schaffhausen. Nach dem Rücktritt von Hans-Jürg Fehr übernahm Martina Munz im September 2013 den Schaffhauser SP-Sitz im Nationalrat. (B.O.)